

„Wir pflegen Menschen, keine Gegenstände“

Rund 60 ambulante Pflegedienste aus unserer Region schlagen Alarm: Sie fordern mehr Geld von den Kassen.

Von Jacqueline Carewicz

Braunschweig. „Ich möchte gepflegt alt werden“, „Ich möchte würdevoll und respektvoll gepflegt werden! Sie später auch?“ „Wir pflegen Menschen, keine Gegenstände“. Solche Slogans stehen auf roten, gelben und grünen Postkarten, die rund 60 ambulante Pflegedienste von Wohlfahrtsverbänden und privaten Anbietern zwischen Harz und Heide in diesen Tagen an ihre Kunden und Mitarbeiter verteilen. Bei einer Pflege-Kundgebung am 18. Juni wollen die Pflegedienste möglichst viele ihrer unterschriebenen Postkarten an den niedersächsischen Landtag übergeben.

Flankiert wird die Protestaktion mit einem Offenen Brief, in dem die Dienste eine gerechtere Finanzierung der ambulanten Pflege in Niedersachsen fordern. Seit Jahren würden steigende Kosten durch die Pflegekassen nicht refinanziert, heißt es darin.

Viele Ältere müssten in Heime ziehen, weil ambulante Pflegedienste kaum noch Aufträge annehmen – oder ganz vom Markt verschwinden. „Im Landkreis Hildesheim etwa hat die Caritas gerade 31 Mitarbeiter entlassen und 18 Pflegeverträge aufgekündigt“, erzählt Magdalena Gruber vom Braunschweiger Caritasverband, der sich ebenfalls an der Aktion beteiligt.

„In keinem anderen Bundesland zahlen die Pflegekassen so schlecht“, weiß Bettina Tews-Harms, Geschäftsführerin des gleichnamigen privaten Pflege-

dienstes aus Hankensbüttel (Kreis Gifhorn). Fachleute wechselten den Job oder wanderten in andere Bundesländer wie Sachsen-Anhalt ab, wo ambulante Pflege besser bezahlt werde. Auch Harms mischt bei der Aktion mit. Eine ihrer Forderungen: angemessene Refinanzierung der Personalkosten für Pflegedienste mit tariflichen Regelungen oder vergleichbaren Lohnkostensteigerungen, weil das Personal sonst in besser bezahlte Jobs, zum Beispiel in Krankenhäusern oder stationären Einrichtungen, wechselt.

Dem Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe zufolge verdienen Beschäftigte in der Altenpflege im Durchschnitt 735 Euro weniger im Monat als in der Krankenpflege. In der ambulanten Pflege ist es dann noch einmal weniger und in Niedersachsen am allerwenigsten.

Die nicht auskömmliche Refinanzierung zeige sich vor allem am Umgang der Kostenträger mit den sogenannten Wegepauschalen, sagt Hans Golmann vom Braunschweiger Verein Ambet. Es geht dabei um das Geld, das ein Pflegedienst pro Hausbesuch erhält. Golmann fordert eine Anpassung und Refinanzierung der Wegepauschalen mit realistischen Fahrtzeiten. So dauere eine Fahrt zum Patienten im Schnitt sechs Minuten, von den Pflegekassen würden aber nur drei Minuten erstattet. „Wir reden hier immerhin über 60.000 bis 80.000 Hausbesuche, die ein mittlerer Pflegedienst pro Jahr absolviert“, so Golmann.

Erst Mitte März hatten AWO und Diakonie in Niedersachsen ge-



Magdalena Gruber von der Caritas (von links), Henning Eschemann vom Paritätischen, Bettina Tews-Harms (Bettina Harms GmbH), Hans Golmann (Ambet) und Volker Wagner von den Diakoniestationen Harz-Heide fordern eine bessere Finanzierung der ambulanten Pflege.

FOTO: BERNWARD COMES

droht, komplett aus der ambulanten Pflege in Niedersachsen auszuweichen. Niedersachsens Gesundheitsministerin Carola Reimann (SPD) hatte damals an die Kassen appelliert, „dass sie ihrer Verantwortung für eine gute pflegerische Versorgung und Infrastruktur in Niedersachsen gerecht werden und endlich Tariflöhne refinanzieren“. Angesichts der angespannten Situation sei es wichtiger denn je, dass die gesellschaftlich so wertvolle Arbeit der Pflegekräfte angemessen vergütet werde und Tariflöhne gezahlt werden könnten. Verhandlungen

vor einem Schiedsgericht endeten erst kurz vor Ostern mit einem Vergleich. „Die vereinbarten Sätze sind ein erster Schritt in die richtige Richtung“, sagt Volker Wagner, Geschäftsführer der Diakoniestationen Harz-Heide. Allerdings würden Arbeit und Wegezeiten damit noch immer nicht auskömmlich finanziert.

„Es muss das refinanziert werden, was Pflege nun einmal kostet“, beharrt Golmann von Ambet. Dafür müsse sich die Landesregierung stark machen. Die Entscheidung für einen Pflegeberuf hänge schließ-

lich auch davon ab, welches Lohnniveau angeboten werden könne.

Außerdem wollten die Fachkräfte nicht Pflege im Minutentakt leisten, appelliert Henning Eschemann vom Paritätischen in Braunschweig. „Immerhin geht es hier um Arbeit für den Menschen und zwar in seinem Zuhause“, sagt er, „und nicht um irgendeine Ware!“ Das Prinzip „ambulant vor stationär“ ziehe sich wie ein roter Faden durch das Sozialgesetzbuch. Es solle Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in der gewohnten häuslichen Umgebung zu verbleiben.